

## Bericht aus der Frühjahressession 2011

Die Traktandenliste der Frühjahressession 2011 wurde überschattet von der mehrfach Katastrophe mit Erdbeben, Tsunami und Atomunfall in Japan.

### Erste Woche:

#### **Entwicklungshilfe, Grenzwachkorps, private Sicherheitsfirmen, IV-Revision 6a**

Gleich zu Beginn der Session kam es zu einem Schlagabtausch zwischen SP und SVP. Grund dafür war eine Vorlage zur Aufstockung der öffentlichen schweizerischen Entwicklungshilfe von 0,43% des Bruttonationaleinkommens auf neu 0,50% bis im Jahr 2015. Das heisst, dass die Entwicklungshilfe für das laufende und das nächste Jahr um insgesamt 640 Millionen Franken aufgestockt werden soll. Der SVP war das zuviel. Die SP vertrat den Standpunkt, dass **Entwicklungshilfe Hilfe an die Ärmsten der Armen** auf diesem Globus heisst und sich die Grundsatzfrage stellt, was besser ist: Hilfe vor Ort oder Ausgaben infolge von Flüchtlingsdruck bei uns. Der Nationalrat folgte mehrheitlich der Argumentationslinie von SP und Bundesrat und hiess die Aufstockung der Entwicklungshilfe gut.

Aber nicht nur die Entwicklungshilfe, sondern auch das **Grenzwachkorps soll aufgestockt werden**. Der Nationalrat überwies in der gleichen Woche stillschweigend eine Motion seiner Sicherheitspolitischen Kommission an den Bundesrat, die den Bundesrat beauftragt, das Grenzwachkorps (GWK) ausreichend zu alimentieren, damit eine lagegerechte Kontrolldichte sichergestellt werden kann. Zudem soll der Bundesrat für eine konkurrenzfähige Besoldung, vorab der jungen Grenzwächter, sorgen. Die Zahl der zu schaffenden Stellen bezifferte das Parlament nicht im Detail.

Aufgeschreckt durch das publik gewordene Beispiel einer international auch in Konflikt- und Krisengebieten tätigen privaten Sicherheitsfirma, die sich im Kanton Basel niederlies, reagierte das Parlament und forderte den Bundesrat auf, ein Gesetz auszuarbeiten, das für Söldnerfirmen ein Bewilligungs- und Kontrollsystem einführt. Nach dem Ständerat hat nun auch der Nationalrat eine entsprechende Motion überwiesen. Das Parlament trat damit bei der zuständigen Justizministerin Simonetta Sommaruga von der SP offene Türen ein, denn ein Gesetzesentwurf ist nach entsprechenden vorgängigen Diskussionen in den zuständigen Kommissionen bereits in Erarbeitung.

Ebenfalls überwiesen wurde vom Nationalrat meine eigene Motion zum Thema private Sicherheitsdienste in der Schweiz.

Die Motion strebt ein **gesamtschweizerisch gleichwertiges Zulassungs- und Kontrollsystem für private Sicherheitsdienste** an. Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, in Absprache mit den Kantonen, Massnahmen vorzuschlagen, wie für private Anbieter von Dienstleistungen im Sicherheitsbereich ein gesamtschweizerisch einheitliches und gleichwertiges Zulassungs- und Kontrollsystem eingeführt werden kann. Eine solche Zulassung soll unter anderem an den Nachweis der Anbieter anknüpfen, über ein wirksames System der Selbstkontrolle und der Qualitätssicherung zu verfügen. Die Motion strebt zusammenfassend also einen hohen und einheitlichen Qualitätsstandard bei den Anbietern privater Sicherheitsdienstleistungen in der Schweiz an, und sie hält vor allem auch fest, dass hoheitliche Polizeiaufgaben nicht an Private übertragen werden dürfen.

Im Bereich der privaten Sicherheitsdienste besteht gesamtschweizerisch Koordinationsbedarf. Dabei geht es um Fragen von Handlungsspielräumen und Abgrenzung von Polizei und privaten Sicherheitsdiensten. Aber es geht auch um die Qualitätssicherung, um die Verhinderung einer Verlüderung in der Branche. Zwar bestehen heute schon gewisse Regulative auf verschiedenen Ebenen, z. B. in Gemeindereglementen, in kantonalen Polizeigesetzen und in zwei verschiedenen Konkordaten, das eine in der Westschweiz, das andere in der Deutschschweiz. Keines dieser Regulative hat jedoch gesamtschweizerischen, einheitlichen Charakter. Es gibt auch noch wie vor Gemeinden, die in diesem Bereich noch gar kein Regulativ kennen oder gar privaten Sicherheitsdiensten eigentlich polizeiliche Aufgaben übertragen.

Das ist keine gute Situation. Landesweit beschäftigen heute private Sicherheitsdienste bereits rund 11 000 Mitarbeiter, mehr als doppelt so viele wie noch vor zehn Jahren. Dabei kam es zu einer schleichenden Ausdehnung der Tätigkeitsgebiete. Diese Ausdehnung auf die Tätigkeitsgebiete der Polizei ist eine staatspolitisch besorgniserregende Entwicklung. Sie steht im Widerspruch zum Grundsatz, dass hoheitliche Aufgaben ganz klar in den Kompetenzbereich staatlicher Sicherheitskräfte gehören, während sich private Sicherheitsdienste nicht über den Rahmen der sogenannten Jedermannsrechte hinausbewegen sollten. Allfällige Grauzonen -in diesem für die Bürgerinnen und Bürger doch sehr sensiblen Bereich- sollten deshalb ausgeräumt werden.

Der Nationalrat hat die von 65 Ratsmitgliedern mitunterzeichnete Motion Max Chopard-Acklin (SP/AG) zum Thema private Sicherheitsdienste deutlich, nämlich mit 109 zu 55 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Rund 17'000 IV-Rentnerinnen und Rentner sollen in den kommenden Jahren Arbeit finden. Dies sieht der **Teil A der 6. IV-Revision** vor, den National- und Ständerat verabschiedet haben. Ziel der Revision ist es, bei der Invalidenversicherung jährlich rund 500 Millionen Franken einzusparen. Künftig werden IV-Renten systematisch überprüft - zum Beispiel jene, die wegen Schleudertraumata gesprochen wurden. Eine umfassende Liste mit allen Krankheitsbildern, die zu einer Rentenüberprüfung führen, wird es nicht geben. Aus Sicht der SP überwiegen bei dieser Vorlage die Nachteile. Der Druck auf Rentenabhängige wird steigen, ohne dass die Wirtschaft verpflichtet ist, Arbeitsplätze für Leistungsbehinderte anzubieten.

Endlich: Nach langem Ringen und Tricksen der Gegner stellt sich nun eine Mehrheit in beiden Räten hinter das Grundprinzip "**Ein Kind, eine Zulage**". Damit sollen neu auch Selbständigerwerbende Kinderzulagen erhalten und dafür Beiträge entrichten.

### **Zweite Woche:**

#### **SBB-Pensionskasse, Abzocker-Initiative, Kampfflieger, Erdbeben-Schock**

Grosses Aufatmen bei aktiven und ehemaligen SBB-Angestellten: Der Bund leistet einen letzten Beitrag von 1,148 Milliarden Franken an die Sanierung der **SBB-Pensionskasse**. Der Nationalrat ist dem Ständerat gefolgt und hat das Sanierungskonzept des Bundesrates mit 133 zu 42 Stimmen bei 7 Enthaltungen gutgeheissen. Die Eisenbahnergewerkschaft SEV hatte sich im Vorfeld stark für diese Lösung eingesetzt. Bei der SBB-Pensionskassenlücke handelt es sich um eine „Altlast“ des Bundes aus vergangenen Tagen. Der Bund hat jahrelang Geld gespart, indem die Arbeitgeberbeiträge für SBB-Angestellte nicht einbezahlt wurden.

Bei der Verselbstständigung wurde die SBB-Pensionskasse mangelhaft ausfinanziert.

Unglaublich aber wahr: Das unwürdige Spiel auf Zeit um die Minder-Volksinitiative gegen die Abzockerei geht weiter. Der Nationalrat will nichts wissen von einer Bonus-Steuer. Er hat beschlossen, die Details gar nicht erst zu diskutieren. Er will nur über jenen indirekten Gegenvorschlag zur **Abzocker-Initiative** sprechen, der keine Bonus-Steuer vorsieht. Durchsetzen konnten sich damit FDP, BDP und SVP, die sich heftig gegen eine Bonussteuer wehrten. Nach dem Modell aus dem Ständerat hätten Unternehmen Vergütungen über 3 Millionen Franken nicht länger von den Steuern abziehen können. Nun ist erneut eine Differenz zwischen den Räten entstanden und das Anliegen kann so weiter zerredet und zeitgewinnend verschleppt werden.

Der Nationalrat drängt den Bundesrat zum **Kauf von Kampfflugzeugen**. Er hat mit 95 zu 69 Stimmen gegen den Willen von SVP-Bundesrat Ueli Maurer und der SP Fraktion eine Motion der Sicherheitspolitischen Kommission angenommen, die bei der Beschaffung neuer Kampffjets (dem sogenannten Tiger-Teilersatz) eine schnellere Beschaffung fordert. Ginge es nach der Mehrheit des Nationalrats, müssten die Flugzeuge noch vor 2015 gekauft werden. Dazu soll der Ausgabenplafonds für die Armee erhöht werden. Von wo genau allerdings die benötigten zusätzlichen 4800 Millionen für die neuen Kampfflugzeuge kommen sollen, stand nicht in der Motion. Hinter vorgehaltener Hand soll allerdings bei bürgerlichen Sicherheitspolitikern die Idee die Runde machen, dass Geld könnte bei anderen Departementen, also zum Beispiel im Umwelt- und Sozialbereich oder beim öffentlichen Verkehr abgezockt werden

Ende der zweiten Sessionswoche, am Freitag, 11. März 2011, passierte dann das Unfassbare: Die Meldung von einem grossen **Erdbeben in Japan**, dem nachfolgendem Tsunami und erste Schadenmeldung vom AKW Fukushima erreichten uns. Was anfangs in den Auswirkungen noch unklar war, entwickelte sich in den Folgetagen zu einem richtigen Horror. Tausende Menschen verloren bei dieser Katastrophe ihr Leben und die darauf folgenden technischen Probleme im Atomkraftwerk wird Japan und die Welt noch lange beschäftigen. Die Diskussion um die künftige Form der Energieerzeugung in der Schweiz wurde unter dem Eindruck der Bilder aus Japan in Bundesbern komplett neu lanciert. Auch hartgesottene Atomlobbyisten bekamen nachdenkliche Gesichter. Das immer wieder verniedlichte „Restrisiko“ ist 25 Jahre nach Tschernobyl wiederrum unverhofft und zum Leid der Menschen eingetroffen, diesmal in einem technisch hochentwickelten Industriestaat.

### **Dritte Woche:**

#### **Eventuell Steuererleichterungen für Familien, aber keine 6 Wochen Ferien**

Kinder- und Ausbildungszulagen sollen bei den kantonalen Steuerveranlagungen vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden dürfen. Der Nationalrat hat überraschend -und mit 87:84 auch sehr knapp- eine Ständesinitiativen mit dieser Forderung aus dem Aargau (und St. Gallen) gutgeheissen. Trotzdem stehen die Chancen für das Anliegen schlecht. Der Ständerat hatte dies letzten September klar abgelehnt. Sagt der Ständerat in einer nächsten Session nochmals nein, ist das Thema vorerst endgültig vom Tisch. Allerdings könnte der Aargau jederzeit und in eigener Kompetenz die Familien gezielt unterstützen, indem die Kinderzulagen

entsprechend angehoben würden, sofern dazu der politische Wille auch bei bürgerlichen Parteien vorhanden ist.

Die Volksinitiative „**sechs Wochen Ferien für alle**“ gab einiges zu reden. Nachfolgend ein Auszug aus meinem Referat im Nationalrat dazu:

*„Sechs Wochen Ferien sei ungesund für die Wirtschaft, sagen die Einen. Steigender Stress am Arbeitsplatz ohne Ausgleich ist ungesund für alle, sage ich.*

*Als Gewerkschafter, der sieht, wie sich der wirtschaftliche Wandel auf die Beschäftigten auswirkt, werde ich die Volksinitiative und die parlamentarischen Vorstösse unterstützen, die den Mindestferienanspruch erhöhen wollen. Dies im wesentlichen aus zwei Überlegungen.*

*Erstens bin ich davon überzeugt, dass es eine gewisse Kompensation für den zunehmenden Stress am Arbeitsplatz braucht. Die Produktivität ist die letzten Jahre in vielen Branchen gestiegen, während die Arbeitszeit stagnierte. Das heisst: Der durchschnittliche Output pro Arbeitsplatz hat zugenommen. Die Beschäftigten leisten also mehr, oder sie bedienen schneller und anspruchsvollere Maschinen und Geräte. Es ist wichtig, dass in Form von Freizeit zumindest auch ein Teil dieser Produktivitätsgewinne an die Beschäftigten weitergegeben wird. Auch die arbeitszeitlichen Rahmenbedingungen haben sich die letzten Jahre gewandelt. Die Arbeitszeiten wurden stark flexibilisiert. Die Nacht wird immer mehr zum Arbeitstag, der Sonntag wird immer mehr zum Werktag und das belastet das soziale Umfeld, die Familien und die Freizeit.*

*Der zweite Punkt: Man weiss, dass die härter werdenden wirtschaftlichen Realitäten auch hohe Gesundheitskosten auslösen. Man spricht von jährlich mehreren Milliarden an gesundheitlichen Folgen für die Volkswirtschaft. Der zunehmende Druck am Arbeitsplatz verursacht Folgekosten. Das ist volkswirtschaftlich eine ernstzunehmende Situation. Gemäss seco-Studie fühlen sich in der Schweiz vier von fünf Erwerbstätigen gestresst, davon gut ein Viertel oft oder sehr oft gestresst. Ferien bauen Stress ab. Sie sind im Interesse des Gesundheitsschutzes und des Ausgleichs wichtig, damit man leistungsfähige Menschen am Arbeitsplatz hat. Jeder Mensch braucht Erholungsphasen.*

*Eine nachhaltige Wirtschaft kann sich nur in einer gesunden Umwelt mit sozialen Leitplanken entwickeln. Dazu gehören genügend Erholungsphasen für die Menschen dieser Wirtschaft.“*

Doch der Nationalrat wollte nichts von einem höheren Mindestferienanspruch wissen. Er beschloss mit den Stimmen von CVP, FDP, SVP und BDP die Volksinitiative des Arbeitnehmerdachverbandes Travail.Suisse mit 110:61 Stimmen zur Ablehnung zu empfehlen.

*Max Chopard-Acklin, Nationalrat SP, im März 2011*